



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL. 51064 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), JOHANNES BUCHRUCKER, KARIN WOLF · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSONLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK – AUCH NUR AUSZUGSWEISE – NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION · (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

25. Mai
14/76

Die Katastrophe ist da

Die Katastrophe ist da: Was viele befürchteten, Optimisten aber nicht wahrhaben wollten, ist eingetreten: die Universität Oldenburg bleibt ein Torso, eine Hochschulruine. Am vergangenen Freitag lüftete die Landesregierung den Schleier ihrer Bildungspolitik: Oldenburg wird quasi eingefroren. 5.700 flächenbezogene Studienplätze lautet nun die neue Zielzahl bis 1985. Vor einem Jahr konnten die Planer noch von einem Ausbauprogramm auf 13.350 ausgehen, Anfang 1976 wurde die Zahl in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat, der Landesregierung und der Universität auf 9.900 Studienplätze reduziert. Die nochmalige kühne Streichung der jetzigen Landesregierung bedeutet nichts anderes, als daß in den nächsten Jahren im Hinblick auf den Aufbau nichts, später vielleicht etwas passiert.

Die Landesregierung hat sich damit nicht nur gegen die Reformen an der Hochschule, die jetzt kaum noch durchführbar sein dürften, nicht nur gegen ein verantwortbares Studium an dieser Hochschule, nicht nur gegen die Verbesserung von Chancengleichheit und nicht nur gegen eine wirtschaftlich arbeitende Universität, sondern auch gegen eine Verbesserung der Infrastruktur des Nordwestraumes entschieden, der eine Universität als Voraussetzung für seine Weiterentwicklung so dringend benötigt.

ies wird u.a. eindrucksvoll in der von einer Senatskommission in kürzester Zeit erarbeiteten Studie nachgewiesen. In der 35 Seiten starken Broschüre machen die Autoren deutlich, daß der Abbruch des Universitätsaufbaus die wirtschaftliche Attraktivität des Nordwestraumes entscheidend negativ beeinflusst und die Lebenssituation der Bevölkerung nachhaltig verschlechtert (s.a. Seite 2). Indes ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, daß die Landesregierung ihre getroffene Entscheidung zurücknimmt. Wenigstens ließ Staatssekretär von Campenhausen am 24. 5. 76 bei der Einweihung des Rechenzentrums keinerlei Be-

reitschaft erkennen, die Katastrophe zu mildern. Auch dürfte die Ankündigung, daß das Fächerspektrum weitgehend erhalten bleiben soll, kaum Anlaß zum Jubeln geben, da bei der gegenwärtigen Personal- und Sachmittelausstattung zumindest in den naturwissenschaftlichen Fächern kaum ein Diplomand ausgebildet werden kann, zumal die auch bereits zugesagten 28 Stellen für den Bereich der Naturwissenschaften kurzerhand unter den Tisch gefallen sind. Widerstand gegen diese Politik wird allerdings nur von der Universität und der sich in der Aufbaufrage mit ihr verbündenden Institutionen zu erwarten sein, denn die ehemaligen Koalitionspartner FDP und SPD, die noch immer über eine Mehrheit im niedersächsischen Parlament verfügen, zeigen kaum Neigungen, die Regierung in dieser Frage zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Grund dafür: Das Parlament ist bei der Entscheidung über den Aus- und Aufbau der verschiedenen Hochschulen fast völlig ausgeschaltet. Es beschließt lediglich im Haushalt die Gesamtinvestitionen für den Hochschulausbau in Niedersachsen, hat aber nur geringsten Einfluß auf die Verteilung der Gelder. gh

ZIELZAHLVARIANTEN DER LANDESREGIERUNGEN FÜR DAS JAHR 1985
(in Klammern Anteil der Lehramtsstudienplätze)

Zielzahlvarianten	13.350	9.900	5.700
Geisteswiss.	6.150 (2.900)	4.200 (1.800)	3.000 (2.100)
Naturwiss.	5.200 (1.500)	4.600 (1.000)	2.400 (950)
Ingenieurwiss.	2.000 (500)	1.100 (300)	300 (300)
Fachhochschule (extra)	950	1.000	650

Kurz vor dem Abbruch

Ohne Eklat, aber mit Schwierigkeiten endete gestern die offizielle Eröffnungsveranstaltung des für das Regionale Rechenzentrum Oldenburg/Osnabrück in der Universität Oldenburg, an der neben dem Bundesminister für Forschung und Technologie Hans Matthöfer und dem Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Freiherr von Campenhausen auch zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens aus dem Nordwestraum teilnahmen. Durch systematische Zwischenrufe fühlte sich der Bundesminister derart gestört, daß er drohte, seine Rede abzubrechen.

Zur Störung der Veranstaltung hatte die Kommunistische Hochschulgruppe in einem Flugblatt aufgefordert. Darin hieß es unter anderem, man müsse Matthöfer dazu zwingen, zu Problemen wie dem HRG, der Streichung von BAFÖG-Geldern und zum sogenannten "Maulkorbparagrafen" (88a) Stellung zu nehmen – Themen, die allerdings in den sich nur durch "außerordentlich geringe Qualität auszeichnenden Zwischenrufen" (so Krüger) nicht erwähnt wurden.

Im Gegensatz zur KHG hatte der AstA zum gleichen Zeitpunkt zu einer Kundgebung in der Aula aufgerufen, um die Studenten über den quasi Aufbaustopp der Universität Oldenburg zu informieren, der auch im Mittelpunkt der Reden von Rektor Rainer Krüger und Staatssekretär von Campenhausen stand (siehe nebenstehenden Bericht).

Vor den Teilnehmern der Eröffnungsveranstaltung erklärte der AstA-Sprecher Bernd Bischoff dazu, den Oldenburger Studenten könne nichts an der Störung der Eröffnungsfeier liegen. Es sei vielmehr wichtig, die Vertreter des öffentlichen Lebens dazu zu gewinnen, gemeinsam mit der Hochschule für den Ausbau der Universität einzutreten. gh

Keine Uni – keine Arbeitsplätze

Eine Studie "Zur strukturellen Bedeutung des Universitätsaufbaues in Oldenburg für den Nordwestraum" *) hat in der vergangenen Woche die vom Senat eingesetzte Arbeitsgruppe vorgelegt, die sich ausschließlich aus Ökonomen zusammensetzt. In der 35 Seiten starken Broschüre weisen die Autoren eindringlich nach, daß ein Abbruch des Universitätsaufbaues die wirtschaftliche Attraktivität des Nordwestraumes entscheidend negativ beeinflusst und die Lebenssituation der Bevölkerung nachhaltig verschlechtert. Hier die Zusammenfassung von Jens Windelberg, Mitautor der Studie.

Aus einem auslaufenden konjunkturellen Tiefstand der Wirtschaft von gestern sind bildungspolitische Entscheidungen mit langjähriger Wirkung für morgen abgeleitet worden. Der Kabinettsbeschluß der Landesregierung vom 27.4.76 zur radikalen Drosselung des Hochschulbaus in Niedersachsen und zur Nichtanmeldung von Bauvorhaben zum 6. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz wird so gesehen zu einer verhängnisvollen Schicksalsstunde für Leben und Weiterbestand der Hochschulen im Lande. Denn die bisherige Unterversorgung Niedersachsens mit Studienplätzen durch Nichtinanspruchnahme der Mitfinanzierung des Bundes wird fortgeschrieben und verschärft.

Insbesondere wirkt sich der Stillstand des Hochschulausbau dort verheerend aus, wo durch Universitätsneugründungen infrastrukturelle Vorleistungen zur Steigerung der Wirtschaftskraft unterentwickelter Landesteile vorgenommen werden sollten. Der Nordwestraum Niedersachsens ist hierbei vorrangig angesprochen, weil er im geräumigen Vergleich hinsichtlich seiner Strukturschwächen im Bereich der Erwerbs- und Infrastruktur an letzter Stelle im Bundesgebiet liegt. Infolge dieser Strukturschwächen findet das überproportionale (zum niedersächsischen Durchschnitt) Anwachsen der Erwerbspersonen (von 1970 721.000 auf 806.000 1985) keine Entsprechung in einer wachsenden Zahl von Arbeitsplätzen im Nordwestraum, sondern in einer bis 1985 ständigen Abnahme an Arbeitsplätzen (von 1970 641.400 auf 632.000 1985).

Die damit verbundene Abwanderung von Arbeitskräften ("erzwungene Mobilität") führt zu qualitativ geringerwertigem und quantitativ kleinerem Erwerbspotential. Die Versorgung der Wohnbevölkerung mit lebensnotwendigen privaten und öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen ist wegen der geringer werdenden Bevölkerungsdichte gefährdet (z.B. Infrastrukturkostenprogression pro Einwohner).

Ein weiteres Absinken des sozialen und ökonomischen Standards des Nordwestraumes unter niedersächsisches, bzw. bundesrepublikanisches Niveau kann

durch die Ansiedlung hochrangiger Infrastruktureinrichtungen (z.B. Universitäten) verhindert werden, weil von diesen strukturpolitisch bedeutungsvolle Folgeeffekte auf die Region ausgehen.

Die mit dem Aufbau einer Universität im Nordwestraum verbundenen positiven "Schrittmacher"-Funktionen für andere Bereiche lassen sich wie folgt darstellen:

- Entstehung von Einkommen und Nachfragepotential durch Studenten und Personal,
 - Vergrößerung des Arbeitsplatzangebotes im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich, dadurch
 - Steigerung der Steuereinnahmen der Stadt, dadurch
 - Vergrößerung des städtischen Arbeitsplatzangebotes,
 - Vergrößerung des Umsatzes in Handwerk, Industrie, Handel, Dienstleistungseinrichtungen, dadurch
 - Vergrößerung des Arbeitsplatzangebotes im privaten Bereich.
- Insgesamt entstehen in der Region "Nordwest-Niedersachsen" bei einem vom Wissenschaftsrat für die Oldenburger Universität empfohlenen Ausbau auf 10.900 Studenten mindestens 3.150 neue Arbeitsplätze. Allein durch Universitätsbedienstete und Studenten ergibt sich ein Kaufkraftpotential von mindestens 169.000.000 DM pro Jahr, das als jährliches Nachfragepotential von mindestens 143.000.000 DM überwiegend im Nordwestraum einkommens- und umsatzsteigernd wirkt.

Die Folgeeffekte durch die Bau- und Investitionsausgaben wirken ebenfalls strukturstabilisierend auf die Region ein, weil mindestens 50 % der Aufträge regional gebunden vergeben werden. Bei einer Ausbaustufe von 10.900 Studenten werden dem regionalen Arbeitsmarkt jährlich 2.550 hochqualifizierte Arbeitskräfte als Absolventen zum größten Teil zur Verfügung stehen (etwa 1/3 der Absolventen sind angehende Lehrer).

Durch das hinzugewonnene Leistungspotential wird im Nordwestraum

- die Unterversorgung von Akademikern abgebaut,
- dem Wandel der Qualifikationsstruktu-

ren (vor allem im Dienstleistungsreich) entsprochen.

Andererseits haben zumindest 50 % der im Nordwestraum in der Ausbildung befindlichen Gymnasiasten bei einer Ausbaustufe von 10.900 Studenten eine Chance, ohne Wohnortwechsel in der Region zu studieren (Kostendegression bei Ausbildungsinvestitionen).

Mit dem Aufbaustopp wird durch die CDU-Regierung ein Modell für Oldenburg eingeleitet, das eine Versorgung der Abiturienten aus Oldenburg und Ostfriesland mit Ausbildungsplätzen bringt, die hinter die Versorgung zu Zeiten der PH

zurückfällt. 1970 konnten nämlich bereits 18 % aller Abiturienten aus Ostfriesland und 28 % aller Abiturienten aus Oldenburg in Oldenburg studieren, 1976 sind es aus den beiden Räumen zusammen nur 10 %!

Die vorgenannten Ausführungen zusammenfassend, läßt sich die strukturpolitische Forderung ableiten, daß ein weiterer Aufbau der Universität mit mindestens 10.900 Studenten in der Planung bis 1985 unbedingt erfolgen muß,

- wenn positive Folgeeffekte in Form von zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Stadt und in der Region geschaffen werden sollen,
 - wenn positive Folgeeffekte in Form von zusätzlichem Einkommen im öffentlichen Bereich erzielt werden sollen,
 - wenn die Umsatzentwicklung im Bereich des Handwerks, der Industrie, des Handels, der Dienstleistungen langfristig gesteigert werden soll,
 - wenn der regionale Arbeitsmarkt hinsichtlich seines qualifizierten Erwerbspotentials bundesrepublikanischen Standards angepasst werden soll,
 - wenn die regionale Bildungssituation entscheidend verbessert werden soll.
- Ein Abbruch des Universitätsaufbaues wird die wirtschaftliche Attraktivität des Nordwestraumes entscheidend negativ beeinflussen und die Lebenssituation der Bevölkerung nachhaltig verschlechtern.

Es bleibt zu hoffen, daß dieser Zusammenhang auch die Niedersächsische Landesregierung bewegen kann, ihre Einstellung zum Hochschulausbau zu überdenken und im Sinne der o.g. strukturpolitischen Forderung zu ändern.

*) Aufbaustopp? Zur strukturellen Bedeutung des Universitätsaufbaues in Oldenburg für den Nordwestraum. Studie erstellt im Auftrage des Senats der Universität Oldenburg von einer Arbeitsgruppe (Autoren: H.L. Freytag, G. Hölzel, A. Krafft, W. Pfaffenberger, J. Windelberg), dokumente materialien Nr.5

Universität ohne Zukunft?

Serie zum Aufbaustopp * Teil 2: Sportanlagen

Mit katastrophalen Studien- und Forschungsbedingungen für Studenten und Lehrende, Einschränkungen und Liquidierungen von Studiengängen, die bereits geplant und genehmigt sind und miserablen Arbeitsverhältnissen für die Dienstleister muß die Universität Oldenburg rechnen, wenn die Landesregierung bei ihrem Vorhaben bleibt, nur noch ein Drittel der Summe in den Hochschulbau zu investieren, die von der alten Landesregierung geplant war. Wie bereits berichtet, sollen nach Vorstellung des Kabinetts für Niedersachsen in den nächsten Jahren nur noch 550 Millionen DM in den Hochschulausbau gesteckt werden. Damit würde die Universität die für ihre Existenz notwendigen Bauten (Mensa, Bibliothek, naturwissenschaftliche Studienflächen) nicht realisieren können. In der folgenden Serie versuchen die betroffenen Einrichtungen darzustellen, welche Folgen die Entscheidungen des Kabinetts beinhalten. Heute ein Bericht über die Uni-Sportstätten. gh

"Ihr habt euch ganz schön reinlegen lassen", war das spontane Fazit eines Oldenburger Bürgers, nachdem ihm die Problematik um die Universitäts-Sportstätten mitgeteilt worden war. Und so ist es auch! Da kann wohl jeder zustimmen. Denn:

1. Als zu PH-Zeiten Überlegungen angestellt wurden, wie und wo als notwendig anerkannte Erweiterungsbauten für den Sport errichtet werden sollten, erfolgte eine von dem zuständigen Ministerialbeamten bestätigte Abmachung, das Gelände jenseits des Sportplatzes bis zum damals noch nicht ausgebauten Uhlhornsweg für den Sport zu reservieren.
2. Als zu Uni-Zeiten die Notwendigkeit bestand, vorhandenes Geld für notwendige naturwissenschaftlich nutzbare Neubauten bei fehlendem Baugrundstück (weil versäumt worden war, rechtzeitig Baugelände zu erwerben) auszugeben, hat der Sport nicht nur auf seine Reservefläche, sondern auch auf den halben Sportplatz unter der Bedingung verzichtet, daß mit dem Neubau des AVZ ein adäquater Sportplatz gebaut wird. Das wurde schriftlich vereinbart, wobei als Übergangsregelung für den überbauten Sportplatz die Nutzungsrechte des Sportplatzes beim Eversten Gymnasium festgelegt wurden.

Heute ist festzustellen:

- Der Hauptbaukörper des AVZ steht auf der Reservefläche für Sportbauten.
- Der Erweiterungsfügel des AVZ steht auf dem letzten Drittel des Sportplatzes.
- Die zukünftige Zentralbibliothek wird ein weiteres Drittel des Sportplatzes benötigen.

Aber einen Ersatzsportplatz gibt es heute nicht. Ja, es gibt nicht einmal eine Entscheidung über einen Standort, es gibt weiterhin kein von der Größe in Frage kommendes Grundstück, und neuerdings gibt es kein Geld für den seit langem vorgesehenen Sportplatz. "Ihr habt euch ganz schön reinlegen lassen!"

Diese Misersituation wird um so deut-

licher, wenn man bedenkt, daß die Universität Oldenburg durch den Gründungsausschuß und den Senat den in der BRD einmaligen "Studien-, Lehr- und Forschungsschwerpunkt Freizeitsport" beschlossen hat, der von Seiten des Ministeriums durch entsprechende Stellungnahmen, durch Bleibeverhandlungen und durch die Anmeldung des "Modellversuches Freizeitsport" beim Bund mehrfach bestätigt worden ist.

Nummehr nach dem "Baustopp" - stellt sich die Situation für den Ausbau der Sportwissenschaften unter dem Schwerpunkt Freizeitsport nicht nur als "Stopp" dar, sondern als Rückschritt gegenüber dem PH-Bestand. Und der PH-Bestand an Sporteinrichtungen unterschritt schon in seinem Volumen die Richtwerte für die notwendigen Sportstätten einer Realschule!

Das heißt: die Oldenburger Sportlehrerausbildung erfolgt weiterhin in - einer für Spiele zu kleinen Turnhalle, - einem für die Schwimmbildung zu kleinen Bad, - einem nur für Tischtennisnutzbaren Kleinraum, der ursprünglich der Gymnastik dienen sollte, - einem zerstörten Sportplatz ohne ausreichende Leichtathletikanlagen und mit Beschränkungen für große Sportspiele.

Das heißt: 300 Sportstudenten müssen unzulänglich ausgebildet werden; Veran-

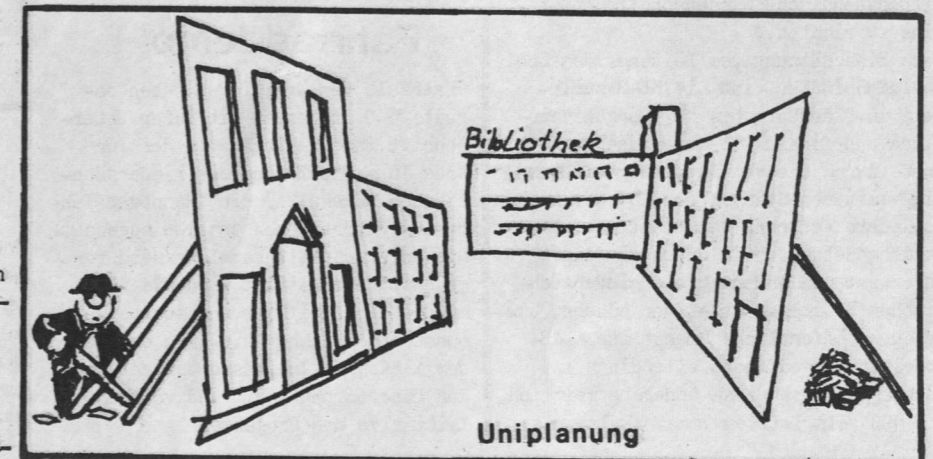
staltungen sind aus Gründen der Raumnot mit 80 bis 120 Teilnehmern so überbelegt, daß Mängel der Qualifikation unabwendbar sind.

Die Universität hat sehr früh das notwendige Sportstättenprogramm entwickelt. Schon zu Gründungszeiten arbeitete eine extra eingesetzte "Sportstättenkommission". Seit Sommer 1975 liegt das vom Senat verabschiedete Sportstättenprogramm beim Ministerium. Das 29-Millionen-Programm (an der Bremer Universität: 38,8 Mill.) sollte in Baustufen verwirklicht werden. Zunächst war eine erste Summe von 12 Mill. vorgesehen, die dann auf 9,5, dann auf 4 Millionen und nunmehr auf wahrscheinlich null Pfennig zusammengestrichen worden ist.

Das Nullprogramm der Universitäts-Sportstätten ist nicht nur ein enges Problem der Universität. Es ist ein Problem Oldenburgs! Denn gerade unter der Schwerpunktsetzung Freizeitsport ist es der Universität immer darum gegangen, die universitären Sporteinrichtungen den Bürgern Oldenburgs zu öffnen und Modelle des Freizeitsports für die Bevölkerung zu entwickeln. Das ist nunmehr in dem vorgesehenen Rahmen nicht möglich, ja, angesichts der zunehmenden Studentenzahlen in der Sportwissenschaft werden die heutigen zusätzlichen Benutzer der Uni-Sportstätten wie Schulklassen, Behinderte, Betriebsgruppen, Sondergruppen u.a. nicht mehr damit rechnen können, weiterhin im gleichen Maß das Schwimmbad, die Turnhalle und den Sportplatz der Universität zu nutzen.

Die Konsequenzen für den Nicht-Bau der geplanten Sporteinrichtungen treffen nicht nur die Universität, sondern den zukünftigen Sportunterricht in den Schulen durch nicht optimal qualifizierte Sportlehrer, und außerdem die Oldenburger Bevölkerung, die auf die Nutzung bedürfnisorientierter und freizeitgerechter Spiel- und Sportstätten für jedermann verzichten muß.

"Wir haben uns ganz schön reinlegen lassen!" Jürgen Dieckert



Krüger wiedergewählt

Mit großer Mehrheit ist am vergangenen Mittwoch Professor Dr. Rainer Krüger wiederum zum Rektor der Universität Oldenburg gewählt worden. Als einziger Kandidat erhielt Krüger 65 der 78 abgegebenen Stimmen. Fünf stimmten gegen ihn, acht enthielten sich der Stimme.

Dagegen erhielt der ebenfalls allein für das Amt des Stellvertretenden Rektors kandidierende Erziehungswissenschaftler Friedrich W. Busch nicht die erforderliche Mehrheit. Für ihn

stimmten lediglich 41 Konzilsmitglieder. 45 Stimmen hätte er gebraucht, um die absolute Mehrheit der Konzilsmitglieder zu erreichen. Gegen die Wahl von Busch hatten sich die Studenten ausgesprochen, weil sich Busch ihrer Meinung nach nicht klar genug für die Verfaßte Studentenschaft und für das politische Mandat ausgesprochen hatte. Die Wahl des Stellvertretenden Rektors, bei der Busch weiter kandidiert, wird Mittwoch wiederholt. gh

ELAB

Gesichert bis 1979?

Nach Mitteilung des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB) werden von den 185 benötigten Kontaktlehrern zum 1. August 1976 nun doch voraussichtlich 95-100 Kontaktlehrer zur Verfügung stehen. Durch intensive schulnahe Werbeaktionen, für die die zuständige Schulverwaltung ihre aktive Unterstützung zugesagt habe, hoffe man, weitere Lehrer für eine Mitarbeit gewinnen zu können, so daß zum 1. Februar 1977 möglicherweise die Zielzahl von 185 Kontaktlehrern annähernd erreicht werden könne.

Zur Verbesserung der schulpraktischen Ausbildung der Studenten im Rahmen der einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) plant das ZpB die Heranziehung von zusätzlichen "Praxislehrern" bzw. Mentoren, die auf Vorschlag der Kontaktlehrer mit der Anmeldung eines Unterrichtsvorhabens benannt werden sollen. Neben einem Kontaktlehrer sollen jeweils zwei Praxislehrer die berufspraktischen Vorhaben fördern durch die Betreuung und Beratung von ein bis zwei Studenten einer Erkundungs- und Unterrichtsgruppe, durch Öffnung des eigenen Unterrichts für Hospitationen und Unterrichtstätigkeiten der Studenten unter Aufsicht sowie durch Beteiligung bei der Kooperation von Unterrichts- und Erkundungsvorhaben. Bei 185 Kontaktlehrern würden somit 370 Praxislehrer bei den weiteren Planungen finanziell und organisatorisch zu berücksichtigen sein. Diese Vorstellungen sind in einer Vorlage des ZpB an die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung enthalten, die aufgefordert wird, entsprechende Forderungen an das niedersächsische Wissenschaftsministerium zu richten.

Nach Einschätzung des Leiters des ZpB, Detlef Spindler, ist die ELAB zumindest in Oldenburg bis 1979 organisatorisch und finanziell abgesichert. So wurde durch die vom Bundestag einstimmig - mit den Stimmen der CDU - verabschiedete Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes sowie durch die damit zu erwartende Änderung des niedersächsischen Beamtengesetzes der höhere, bzw. gehobene öffentliche Dienst für ELAB-Absolventen geöffnet; allerdings ist anzumerken, daß diese Änderung zeitlich bis 1981 als letztem Immatrikulations-

termin befristet ist und nur für die bereits laufenden Modellversuche - Oldenburg, Osnabrück - gilt. Weiter bestehe, so Spindler, die mündliche Zusage des Bundeswissenschaftsministers, den Modellversuch in einem weiteren Förderungszeitraum bis 1979 mit fünf Millionen Mark, von denen rund 800.000 auf die Förderung des Freizeitsports entfallen, zu unterstützen. Die Aussichten für die ELAB in Osnabrück schätzte Spindler sehr zurückhaltend ein, zumal dort eine Reihe von Faktoren anders seien als hier. So wird z.B. der dortige Modellversuch ausschließlich mit Landes- und nicht zusätzlich mit Bundesmitteln gefördert. jb

Neue Druckregelungen

Die vom Verwaltungsausschuß am 13. Mai 1976 beschlossenen Sparmaßnahmen im Druck- und Kopierbereich haben bedauerlicherweise auch den Druck des letzten uni-infos stark beeinträchtigt. Mittlerweile wurden diese Einschränkungen teilweise wieder aufgehoben (siehe amtliche Mitteilung 3/76).

Fahrraddemo

Innerhalb von drei Tagen haben bereits 600 Studenten mit ihrer Unterschrift ihre Teilnahme an der für Ende Juni (3. Lesung des niedersächsischen Haushalts) nach Hannover führenden Fahrraddemonstration zugesagt. Die Unterschriftensammlung wird fortgesetzt. Unterstützt wird die für mindestens drei Tage angesetzte Demonstration bisher u.a. von der GEW, dem AstA, der Interessenvertretung der Tutoren und WiHis und von der Initiative der Projekte.

Rückmeldung

Wie wir im letzten uni-info bereits berichteten, werden die für die Rückmeldung zum WS 76/77 erforderlichen Unterlagen am 2. und 3. Juni 1976 am Haupteingang ausgegeben. Die ausgefüllten Unterlagen sollen zwischen dem 14. und 25. Juni per Post zurückgesandt werden; aufgrund eines Druckfehlers hatten wir fälschlicherweise als letzten Rückgabetermin den 15. Juni gemeldet.

Berichtigung

Der letzte Bewerbungstermin für Lehramtsbewerber zum 1. August 1976 wird nicht, wie im uni-info 12/76 irrtümlich gemeldet, der 4. Juni 1976 sein, sondern er wurde auf den 8. Juni festgesetzt.

Veranstaltungs- und Terminkalender

Dienstag, 1.6.76, 20.00 Uhr, Stadtmuseum. Vortrag im Rahmen der Oldenburger Herbart-Tage über "Herbarts Lehre vom erziehenden Unterricht" von Professor Geißler, Bonn.

*

Dienstag, 1.6.76, 18 Uhr, VG 201. Informationsveranstaltung zur Lehrererbeitslosigkeit. Veranstalter: GEW-AK "Keine arbeitslosen Lehrer".

Anhörungen

Dienstag, 1.6.76, 9-10.45 Uhr, VG 309
11-12.45 Uhr, VG 306. A-13-Stelle
"Werkerziehung/Technik" im FB III.

*

Mittwoch, 2.6.76, 11-12.45 Uhr, VG 104, 14.30-19.15 Uhr, VG 108. H-3-Stelle
"Internationale Politik" im FB III

*

Dienstag, 15.6.76, 11-19 Uhr, VG 306. A-13-Stelle "Psychologie mit dem Aufgabenschwerpunkt Experimentelle Methoden" im FB I.

*

Montag, 21.6.76, 9-16.30 Uhr, VG 306. H-2-Stelle "Psychologie mit dem Aufgabenschwerpunkt Physiologische Psychologie" im FB I.

Personalnotiz

PROF. DR. WOLFGANG SCHULENBERG, Erziehungswissenschaftler im FB I, hat auf der Jahresversammlung des Deutschen Volkshochschulvorstandes in Kiel das Hauptreferat gehalten. Thema: "Strukturplan Weiterbildung: Utopie oder Planungsgrundlage".